Weiterbildungsoffensive statt Kürzungen in NRW!

Der 7. Weiterbildungstag Ruhr am 15. Februar 2006 in Hamm begrüßt, dass Frau Ministerin Barbara Sommer für die Landesregierung auf der 11. Weiterbildungskonferenz am 23.11.2005 bekräftigt hat: „Bildung hat für die Landesregierung Priorität. Das bezieht sich auch auf Weiterbildung, für die das Land eine verlässliche Grundförderung gewährleisten will.“

Damit ist der Kern der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP vom 20.06.2005 aufgenommen worden, in der zur Weiterbildung vereinbart wurde: „Dem Bereich der Weiterbildung kommt in Zukunft eine hohe Bedeutung zu. Wir verstehen den Bereich der Weiterbildung als vierte Säule unseres Bildungswesens. Wir wollen die Angebote der Weiterbildung evaluieren und eine verlässliche Grundförderung des Landes gewährleisten.“

Dieser Anspruch findet die breite Unterstützung der Weiterbildungseinrichtungen in NRW.

Allerdings: Wenn die Landesregierung und der Landtag der Weiterbildung ernsthaft eine Priorität einräumen wollen, sie ernsthaft als vierte Säule unseres Bildungswesens verstehen und ihr ernsthaft eine verlässliche Grundförderung gewährleisten wollen, können sie deren Förderung (ohne den Verlust politischer Glaubwürdigkeit) nicht noch weiter kürzen.

Die jetzt für den Landeshaushalt 2006 vorgesehene Kürzung um 20% ist weder durch eine weitere (unter sozialen Gesichtspunkten nicht vertretbare) Erhöhung der Teilnahmeentgelte oder durch das (kaum noch mögliche) verstärkte Einwerben von Drittmitteln noch durch zusätzliche (nicht vorhandene) Mittel der Träger zu kompensieren.

Leidtragende einer solchen Entwicklung wären neben den betroffenen Einrichtungen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor allem die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, deren Weiterbildungsmöglichkeiten durch eine weitere Absenkung der Landesförderung nochmals drastisch reduziert würden.

Wichtige gesellschaftliche Aufgaben wie die Stärkung der Erziehungskompetenz von Familien, das Erlernen von Sprachen und das Nachholen von Schulabschlüssen, Sprach- und Integrationskurse, Kurse zur Gesundheitsprävention, Qualifizierung zum Ehrenamt und zum bürgerschaftlichen Engagement (um nur einige Beispiele zu nennen) könnten dann nicht mehr im gewünschten und notwendigen Umfang stattfinden.

Wenn Landesregierung und Landtag die Weiterbildung wie zugesagt stärken wollen, dann kann es nicht um weitere Kürzungen gehen, sondern nur um die Rücknahme der bereits in den Jahren 2004/2005 erfolgten Kürzungen von 15%.

Die heute stärkste Regierungsfraktion hat im April 2005 im Landtag gefordert, diese Kürzungen zurückzunehmen, die bildungspolitischen Sprecher der beiden Regierungsfractionen haben sich auf der 11. Weiterbildungskonferenz erneut zu dieser Forderung bekannt.

Regierungskoalition und Landesregierung sind an der Einhaltung dieser Zusage zu messen!

Vor dem Hintergrund, dass die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung dem lebenslangen Lernen in Zukunft eine hohe Bedeutung beimessen und die Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems entwickeln wollen, wollen wir gemeinsam mit der Landesregierung eine Weiterbildungsoffensive starten, die die Weiterbildungsbeteiligung der Menschen steigert und damit deren Teilhabe am politischen und kulturellen Leben fördert, ihre beruflichen Qualifikationen verbessert, die Chancen benachteiligter Gruppen erhöht und die Zukunft des Wirtschaftsstandortes NRW sichert.

Die Volkshochschulen als kommunale Pflichtaufgabe und die Einrichtungen der allgemeinen, der politischen, der Eltern- und Familienbildung sowie der beruflichen Bildung in anderer Trägerschaft leisten ihren Beitrag zum Prozess des lebenslangen Lernens und unterstützen das Land aktiv bei der Bewältigung wichtiger politischer Herausforderungen wie der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft, dem Aufbau von Familienzentren, der Vernetzung von Schule und Weiterbildung, der Bewältigung der Anforderungen der Arbeitswelt und nicht zuletzt bei der Orientierungs- und Wertevermittlung in unserer pluralen Gesellschaft.